

Frauen im Islam: Auch in Trauer billige Plätze



Gestern fand die Trauerfeier für einen am Dienstag in Berlin-Wedding ermordeten Dönerbuden-Besitzer statt. Hierbei wurde erneut offenbar, welche Plätze der Islam für Frauen vorgesehen hat: Die hinteren, die zweite Reihe. Es entscheidet nämlich nicht etwa, wie nahe Angehörige dem Toten gestanden haben, darüber, wie nah man auch Abschied von ihm nehmen, darf sondern einzig das Geschlecht.

Die Männer traten in einer Reihe vor den Sarg. Die Frauen trauerten einige Meter abseits des Geschehens.

Allahu Akbar!

(Spürnase: Bernd v. S.)

Wolf im Schafspelz?



In Köln meint die Polizei im „Verband der islamischen Kulturzentren“ (VIKZ), einem der größten islamischen Verbände in Deutschland, eine „antiwestliche, antidemokratische und antijüdische Einstellung“ festgestellt zu haben. So ist er nun mal, der Islam, auch wenn viele Multikultiträger das nicht wahrhaben möchten. „Deshalb wurde der Verband bisher gerne als „tief religiös, aber unpolitisch“ wahrgenommen.

(Spürnasen: Markus G., pb, Klandestina und Bernd v. S.)

Die Kirche als Retterin des Abendlandes



Vor der offiziellen Eröffnungsfeier des Weltkirchenkongresses „Kirche in Not“ in Augsburg fand heute morgen ein Vorgespräch statt, das viel von dem vermittelte, was der Kirchenkongress vermitteln möchte: Das Aufstehen zur

Rettung des Abendlandes auf christlich (katholischer) Basis, mit Besinnung auf Werte wie Ehe und Familie.

Die Kinder und Jugendlichen Psychotherapeutin Christa Meves hielt dazu das Eröffnungsreferat und sprach vom Mainstream, als ein „Leben ohne Gott“. Als vehemente Abtreibungsgegnerin ist für sie die Mutterschaft der wertvollste aller Berufe. Meves stellt sich gegen die sozialistische Einheitsgesellschaft mit atheistischer Weltsicht, die sie für gescheitert erachtet. Das Christentum habe sich hingegen als gesellschaftlich stabiles System bewährt. Anscheinend sollen Christen sogar länger leben. Außerdem sei es in unserer westlich-europäischen Gesellschaft das System der „Ureinwohner“, das es zu verteidigen gelte.

Einen besonderen Schwerpunkt legte die 82-jährige Referentin auf die Bedeutung der Familie als Ort der Liebe und zitierte Papst Benedikt mit den Worten „Wahre Vernunft ist die Liebe“. Es ergibt sich von selbst, dass dieses Weltbild dem selbstverwirklichenden, zum Teil sogar militanten Feminismus zuwiderläuft. Mehr Raum für Gemeinschaft in der Familie, Wertegrundlagen und eine solide Bindung der Familienmitglieder untereinander sind nach Meves die Tragfesten der westlich-abendländischen Gesellschaft.

Dieser Sichtweise, die von den am Vorkongress teilnehmenden Gesprächspartnern in der Podiumsdiskussion durchgehend geteilt wurde, kann man zugestehen, dass sie sich auf christlich-abendländische Grundwerte rückbesinnt und die Gefährdung der Gesellschaft durch wertentleerte oder fremde Systeme klar erkennt und sich dagegen wehren möchte. Auch dass man gleich in eine rechte Ecke gestellt wird, wenn man sich für eigene Grundwerte einsetzt, ist engagierten Kirchenvertretern durchaus bewusst.

Als Kritikpunkt an der gesamten Kongresspräsentation wäre anzumerken, dass diese Art und Weise des Redens über Familie und Gesellschaft, gerade von kirchenferneren Menschen als

moralischer Zeigefinger wahrgenommen werden kann. Man kann auf die Probleme der Abtreibung hinweisen, ohne Modelle von Föten auszustellen. Die zu starke Neu-Reduktion der Frau auf die Mutterrolle, kann auch ausschließend wirken, gerade auf die steigende Anzahl von Paaren die ungewollt kinderlos bleiben.

Eine der geläuterten Fans des Kirchenkongresses und Bewundererin von Christa Meves ist Eva Herman, die heute morgen ebenfalls bereits gesprochen hat und von sich selber sagt, sie habe sich von der Saulina zu Paulina (von Saulus zu Paulus) gewandelt. Als Karrierefrau in der vierten Ehe und mit einem Kind, wäre ihr heute lieber, das Verhältnis wäre umgekehrt – vier Kinder, ein Mann. Für ein persönliches Gespräch war Frau Herman bislang nicht bereit. Es war ihr jedoch allen Medien gegenüber sehr wichtig zu betonen, dass ihre Eva „braunen“ Aussagen vorsätzliche Missverständnisse gewesen seien und sie stelle sich entscheiden gegen jegliche Form des Rechtsextremismus.

Diese Ausgangslage lässt für die kommenden Vorträge und Gespräche bis Sonntag auf interessante Inhalte hoffen.

Gesetz mit Augenzwinkern?

✘ Das neue Waffengesetz erregt weiterhin die Gemüter. Insbesondere die schwammigen Formulierungen bezüglich des Führens von Einhandmessern beunruhigen Bürger, die solche für Freizeit, Beruf oder zur Vorbereitung auf eine in deutschen Verhältnissen nicht unwahrscheinliche Notwehrsituation dabei haben. Äußerungen von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble nähren jetzt den Verdacht, dass man die Rechtsunsicherheit für viele aus Gründen der „political correctness“ in Kauf genommen hat.

Die Eindeutigkeit von Gesetzesformulierungen, die möglichst wenig Raum für unterschiedliche Auslegungen durch die Exekutive läßt, ist eine wesentliche Bedingung von Rechtsstaatlichkeit. Daran gemessen ist das neue Waffengesetz mit seinen undefinierten Ausnahmen wie „anerkannten Zwecken“ gründlich misslungen. Auf der Seite Abgeordnetenwatch nimmt Minister Schäuble gleich zweimal Stellung und erklärt augenzwinkernd, das sei ja alles nicht so gemeint. Der Bürger soll sich jetzt unter der Maximalstrafdrohung von 10.000 Euro darauf verlassen, dass der Polizeibeamte vor Ort die wahren Intentionen des Gesetzgebers schon richtig erraten wird:

Betrifft: Waffengesetz – Einhandmesser

Sehr geehrter Dr. Schäuble,

in Ihrer Antwort an Herrn Schneider vom 31.03.08 schreiben Sie zum neuen Waffengesetz, dass ein Gürtelholster mit Druckknopfverschluss eine rechtlich zulässige Aufbewahrungsmöglichkeit für die ab dem 01.04.08 mit einem Trageverbot versehenen Messer darstellt. Im Gesetz ist das berechnigte Interesse u. a. mit einem „allgemein anerkannten Zweck“ definiert. Ein solcher Zweck ist in meinen Augen die ständige Bereitschaft, als Ersthelfer an einem Unfallort tätig zu werden und so z. B. mit Hilfe eines Einhandmessers (wie es auch viele Rettungs- und Einsatzkräfte nutzen) Personen aus einem KFz zu befreien.

Diese Auslegung würde aber einer generellen Trageerlaubnis gleich kommen, solange man ggü. den Polizisten vor Ort die o. g. Tragebegründung angibt. Sind Sie der Auffassung, dass diese „schwammige“ Formulierung im Gesetzestext glücklich gewählt wurde? Nach Ihren Ausführungen soll mit dem Gesetz vor allem „der Polizei ermöglicht werden, insbesondere gewaltbereiten Jugendlichen noch vor Begehung einer Straftat gefährliche Messer abzunehmen.“ Wäre in diesem Fall nicht eine Altersbeschränkung (z. B. frei ab 25 Jahren) für diese Messer sinnvoller und v.a. eindeutiger gewesen, als alle

Bürger dadurch einzuschränken, dass sie diese praktischen (Rettungs-) Werkzeuge zukünftig nicht mehr mitführen können, ohne ein Bußgeld zu fürchten?

Oder sind Sie der Auffassung, dass dieses Gesetz lediglich eine Handlungsgrundlage für die Polizei darstellt und ein erwachsener, gesetzestreuer Bürger niemals ein Bußgeld bei der „gewöhnlichen Nutzung“ (Brot schneiden, Briefe öffnen, Erste Hilfe...) eines Einhandmessers in der Öffentlichkeit zu befürchten hat? Falls ja, werden auch alle Polizisten entsprechend angewiesen oder können diese je nach persönlicher „Tagesform“ von Fall zu Fall unterschiedlich entscheiden, ob der Bürger ein berechtigtes Interesse am Tragen eines Einhandmessers hat?

Mit freundlichen Grüßen
Mark Padberg

Sehr geehrter Herr ,

die Regelung des neuen § 42a Waffengesetz (WaffG) enthält in Absatz 3 Ausnahmen, die das Führen von Messern bei berechtigtem Interesse auch weiterhin ermöglicht.

Der Gesetzgeber hat bewusst darauf verzichtet, jede in Betracht kommende Fallgruppe einzeln aufzuführen. Der Auffangtatbestand des „allgemein anerkannten Zwecks“ schafft die Möglichkeit, all die sozial-adäquaten Fälle, in denen ein feststehendes Messer mit einer Klingenlänge über 12 cm oder ein Einhandmesser geführt wird, vom Verbot von vornherein auszunehmen. Dementsprechend wurde das Führensverbot auch nicht mit einem Straftatbestand, sondern mit einem Bußgeldtatbestand in § 53 Abs. 1 Nr. 21a WaffG bewehrt, so dass die Polizei nach dem Opportunitätsprinzip nur in angebrachten Fällen einzuschreiten braucht. Hierbei steht der Polizei ein Beurteilungsspielraum zu, so wie es beispielsweise auch bei den Ordnungswidrigkeiten „Unzulässiger Lärm“ und „Belästigung der Allgemeinheit“ (§§

117 f. des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten) üblich und erforderlich ist.

Wer ein Rettungsmesser in Form des Einhandmessers so führt, dass er andere in der Öffentlichkeit damit nicht belästigt oder bedroht, wird durch das Führensverbot des neuen § 42a WaffG nicht beeinträchtigt. Ein verantwortungsbewusster Bürger hantiert nicht grundlos mit gefährlichen Messern in der Öffentlichkeit. Die Polizeivollzugsbeamten können beurteilen, ob das Führen eines in § 42a WaffG genannten Messers tatsächlich zu Rettungs- oder zu Einschüchterungszwecken mitgeführt wird.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Dr. Wolfgang Schäuble

Betrifft: Waffengesetz – Messer

Sehr geehrter Herr Innenminister

Ich habe einige Fragen zur Änderung des Waffengesetzes und würde mich freuen, wenn Ihre Klarstellungen in einer Verwaltungsvorschrift zum Waffengesetz präzisiert würden, um zukünftig Missverständnisse bei eventuellen Kontrollen zu vermeiden.

1. Frage

Ich besitze ein Messer mit einer Klingenlänge von 25 cm. Damit streife ich bei ausgedehnten Wanderungen, abseits jeglicher Zivilisation durch Wälder, Büsche und wenn es sein muß, auch durch Dornenhecken, die eine lange Klingenlänge erfordern. Dies möchte ich auch in Zukunft tun. Ist dies nach dem 1. April weiterhin erlaubt?

2. Frage

Zu dem oben genannten Messer ist ein stabiles Futteral vorhanden, das am Gürtel getragen wird. Ein zusätzlicher Riemen mit Druckknopfverschluss verhindert ein unmittelbares Herausnehmen des Messers. a) Wie darf ich vor oder nach einer

Wanderung dieses Messer legal in öffentlichen Verkehrsmitteln nach Hause transportieren? b) Was versteht der Gesetzgeber unter –verschlossenem- Behältnis genau. Welche Verschlussmechanismen sollte ein am Gürtel geragenes Holster haben, um die Eigenschaft – nicht zugriffsbereit – zu erfüllen?

3. Frage

Klingenlänge von Messern

In §42a ist das Führen von Einhandmessern und Messern mit feststehender Klinge mit einer Klingenlänge von mehr als 12 cm verboten. Bezieht sich die Klingenlänge auch auf die Einhandmesser oder ist das Führen der Einhandmesser ab nächsten Monat grundsätzlich verboten und nur noch feststehende Messer erlaubt, wenn deren Klingenlänge nicht länger als 12 cm ist.

Mit freundlichen Grüßen

Winfried Schneider

Sehr geehrter Herr ,

ab dem 1. April 2008 gilt für das Führen von Messern in der Öffentlichkeit die neue Vorschrift des § 42a Waffengesetz. Den Wortlaut der Vorschrift habe ich am Ende für Sie aufgeführt.

Das von Ihnen geschilderte Führen von langen Fahrtenmessern bei Wanderungen wird durch diese Verbotsnorm nicht beeinträchtigt, da hier ein gesetzlich anerkannter Zweck im Sinne des § 42a Abs. 3 WaffG vorliegt. Ziel der Verbotsnorm ist es nicht, z.B. Angler, Bergsteiger oder Wanderer wie Sie in der Ausübung ihres Hobbys zu behindern. Vielmehr soll der Polizei ermöglicht werden, insbesondere gewaltbereiten Jugendlichen noch vor Begehung einer Straftat gefährliche Messer abzunehmen.

Soweit ein berechtigtes Interesse zum Führen eines Messers vorliegt, muss das Messer nicht in einem verschlossenen

Behältnis transportiert werden. Das von Ihnen erwähnte Gürtelholster mit Druckknopfverschluss ist auch künftig eine rechtlich zulässige Aufbewahrungsmöglichkeit. Der Transport in einem verschlossenen, also in einem mit Schloss verriegelten oder eingeschweißten Behältnis ist in erster Linie für das Führen von Anscheinswaffen von Relevanz. Das Führensverbot für Einhandmesser gilt unabhängig von der Klingenlänge, feststehende Messer sind erst ab einer Klingenlänge über 12cm betroffen.

Für Ihre Streifgänge im Wald wünsche ich Ihnen daher weiterhin ein unbeschwertes Vergnügen!

*Mit freundlichen Grüßen
Ihr
Dr. Wolfgang Schäuble*

P.S.: § 42a Waffengesetz lautet wie folgt:

§ 42a

Verbot des Führens von Anscheinswaffen und bestimmten tragbaren Gegenständen

(1) Es ist verboten

1. Anscheinswaffen,

2. Hieb- und Stoßwaffen nach Anlage 1 Abschnitt 1 Unterabschnitt 2 Nr.

1.1 oder

3. Messer mit einhändig feststellbarer Klinge (Einhandmesser) oder

feststehende Messer mit einer Klingenlänge über 12cm zu führen.

(2) Absatz 1 gilt nicht

1. für die Verwendung bei Foto-, Film oder Fernsehaufnahmen oder

Theateraufführungen,

2. für den Transport in einem verschlossenen Behältnis,

3. für das Führen der Gegenstände nach Abs. 1 Nr. 2 und 3, sofern ein berechtigtes Interesse vorliegt. Weitergehende Regelungen bleiben unberührt.

(3) Ein berechtigtes Interesse nach Absatz 2 Nr. 3 liegt insbesondere vor, wenn das Führen der Gegenstände im Zusammenhang mit der Berufsausübung erfolgt, der Brauchtumpflege, dem Sport oder einem allgemein anerkannten Zweck dient.

Wenn wir den Herrn innenminister richtig verstehen, hat das neue Gesetz also eine ganz bestimmte Zielgruppe, nämlich kriminelle Jugendliche mit Migrationshintergrund, die die jetzt generell verbotenen Waffen bevorzugt für Straftaten einsetzen. Das ist durchaus glaubhaft, denn in der Kriminalität deutschstämmiger Erwachsener spielen Einhandmesser keine wesentliche Rolle. Warum aber dann nicht ein Gesetz, dass die Absichten des Gesetzgebers, wie es sich für einen Rechtsstaat gehört, unmissverständlich zum Ausdruck bringt, anstatt eines Gesetzes, dass alle Bürger vom augenzwinkernden Wohlwollen des Polizisten vor Ort abhängig macht, wie man es sonst nur aus Bananenrepubliken kennt?

Möglichkeiten für solche Gesetzesregelungen gäbe es. Im liberalen Waffenrecht der Schweiz gelten die einfachen Bestimmungen ganz selbstverständlich nur für Schweizer. Ausländer benötigen eine besondere Erlaubnis zum Waffenerwerb, Ausländern bestimmter Nationalität ist er generell verboten. Auch eine klare Altersbeschränkung hätte das Problem auf rechtstaatliche Weise regeln können, ebenso wie die Unterstellung von Einhandmessern unter den bereits existierenden „kleinen Waffenschein“ für Gaswaffen, den volljährige Bürger ohne Probleme oder besondere Begründung erhalten, wenn sie nicht kriminell oder extremistisch auffällig geworden sind.

All das hätte der Polizei die erwünschten Möglichkeiten zum Eingreifen gegen die „Zielgruppe“ ermöglicht, ohne generell alle Bürger zu potentiellen Straftätern zu machen, die von der bewussten Duldung durch den Beamten vor Ort abhängig werden. Dass es keine den Aussagen des Ministers entsprechenden Durchführungsvorschriften für die Polizei gibt und auch nie geben wird, versteht sich dabei von selbst. Ein Gesetz aus politischer Feigheit für alle Bürger zu erlassen und dann die Polizei anweisen, es nur gegen eine bestimmte Bevölkerungsgruppe anzuwenden – das wäre tatsächlich ein rechtstaatlicher Skandal.

Wenn der Gesetzgeber sich für die Lotterielösung entschieden hat, kommt dafür nur eine Erklärung in Frage: Man fürchtete das Diskriminierungs-Geschrei der „Zielgruppe“ und ihrer politischen Fürsprecher. Man scheute sich, das immer offensichtlicher werdende Problem beim Namen zu nennen. Und opfert statt dessen lieber wieder ein Stück Freiheit und Rechtsstaatlichkeit.

(Spürnase Lieutenant Colonel)

Über die bereits verlorene Freiheit



Stell Dir vor, Du bist konservativ. Aufgewachsen in einem bürgerlichen Umfeld, hast Du gelernt, dass man ältere Leute mit Respekt behandeln sollte, dass man gelegentlich fleißig sein muss, um es im Leben zu etwas zu bringen und dass man manche Dinge einfach nicht tut. Du weißt, was anständiges und sozialverträgliches Verhalten ist, denn Deine Eltern haben Dich mit Liebe zu einem lebensfähigen, selbstständig denkenden Individuum erzogen. Und Deine eigenen Kinder sollen auch in einer intakten Umgebung lernen, was richtig und falsch ist und dass man von kriminellen Sachen lieber die Finger lässt. Du wünschst Dir, dass die nächste Generation das fortführt, was Du früher erleben konntest.

Dir geht es nicht um das deutsche Volkstum, was auch immer das ist. Sicher gibt es einiges, das irgendwelche berühmten Deutschen mal geleistet haben, aber es ist Dir nicht wichtig, diese vergangenen Leistungen ständig hervorzuholen. Mit den Glatzköpfen und ihren schwarz-weiß-roten Fahnen kannst Du wenig anfangen. Es ist auch kein Problem, wenn sich in Deutschland ein paar Farbige, Asiaten, Latinos und Araber in den Gen-Pool mischen. Wichtig ist Dir, dass es EINE Gesellschaft bleibt, die eine Art Zusammengehörigkeitsgefühl entwickelt. EINE Gesellschaft, die sich über gewisse Spielregeln und Werte einig ist und die an einem Strang zieht. Wichtig ist, dass die Kinder sich gleichberechtigt auf der Straße und in der Schule begegnen und dass die Herkunft nicht

darüber entscheidet, wer mit wem befreundet ist, wer in der Klasse das Sagen hat, wer gehänselt wird und wer gute Leistungen bringt.

Du nimmst zur Kenntnis, dass viele Deutsche weniger Kinder als früher bekommen. Es handelt sich um eine private Entscheidung; und es ist ja im Prinzip nicht so dramatisch, wenn es in Zukunft ein paar Schulklassen, Sportvereine und Berufstätige weniger gibt. Dann sind es eben nicht mehr 80 Millionen, sondern nur noch 70, 60 oder gar 50 Millionen Deutsche. Was solls? Du stellst auch fest, dass immer mehr Familien früh auseinander brechen und Eltern sich scheiden lassen. Die heile Familienwelt, in der Kinder Deiner Meinung nach am Besten aufwachsen sollten, ist oft nicht gegeben. Aber gut, denkst Du, das ist eben unsere Zeit. Die Eltern werden sich trotzdem gut um ihre Kinder kümmern und sie zu vernünftigen Menschen großziehen. Das Leben wird weitergehen.

Dir ist jedoch zu Ohren gekommen, dass die Geburtenrate unter Einwanderern, insbesondere aus dem muslimischen Kulturkreis, deutlich höher liegt. Nicht selten haben diese verschleierten Damen vier, fünf oder sechs Kinder statt der in Deutschland durchschnittlichen 1,3 Kinder. Du hast auch davon gehört, dass Ehen reihenweise arrangiert werden, um auch muslimischen Brüdern und Schwestern eine Aufenthaltsgenehmigung in Deutschland zu verschaffen. Heute gibt es zwischen 3,5 und 4 Millionen Muslime in der Bundesrepublik und deren Anzahl wächst derzeit jedes Jahr um 3-4 Prozent, sei es durch Geburten, Familiennachzug oder arrangierte Ehen. Leicht kannst Du Dir ausrechnen, dass es bei diesem Tempo etwa 20 Jahre dauert, bis doppelt so viele Muslime wie heute in Deutschland leben. Gleichzeitig sinkt die insgesamt hier lebende Bevölkerung um ein paar Millionen, während die verbleibenden Deutschen im Schnitt immer älter sind. Unter den in Deutschland neugeborenen Kindern hat mittlerweile jedes Zweite einen „Migrationshintergrund“, wie das so schön heißt. Demographischer Wandel vollzieht sich üblicherweise langsam

und schleichend, aber die beschriebene Dynamik hinterlässt bei Dir ein sehr unangenehmes, schauerndes Gefühl, ob Du willst oder nicht. Du kannst es ausblenden und Dich mit anderen Dingen beschäftigen, weil Du gelernt hast, dass es nicht die Aufgabe des Staates ist, die Fortpflanzung seiner Bürger zu überwachen und zu steuern. Überhaupt begibt man sich böse aufs Glatteis, wenn man solche Dinge anspricht oder gar kritisiert, also sagst Du besser erstmal nichts. Aber Du ahnst, dass die Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur auch stattfinden, wenn Du sie ignorierst.

„Durchwachsenes“ Image des Islam

Wenn Du in den Medien etwas über Muslime liest oder hörst, so Dein Eindruck, geht es fast immer um Gewalt, Mord und Selbstmordattentate. Es geht um politische Konflikte in der Welt, um totalitäre Regime, unterdrückte Frauen, Gewalt- und Morddrohungen. Es geht um Kriminalität in Deutschland, Täterbeschreibungen bei Gewaltverbrechen, um den Bau neuer Moscheen, um Probleme bei der Integration, Zwangsehen und Ehrenmorde. Es geht immer mal wieder politische Funktionäre muslimischer Organisationen, die wegen irgendwas beleidigt sind, vor Verallgemeinerung warnen und mehr Respekt für den Islam einfordern.

Gehst Du durch die Stadt und begegnest einer Gruppe südländischer Teenager, wird Dir mulmig und Du bist froh, wenn sie Dich dieses Mal nicht anpöbeln. Du bist froh, dass Du heute nicht mehr zur Schule gehst und Dich mit diesen Halbstarcken herumärgern musst. Lehrer und Schüler, die mit dieser Art von Jugendgangs in Konflikt geraten, sind wirklich nicht zu beneiden. Du hast gelesen und gehört, wie es gerade bei Einwanderern aus dem muslimischen Kulturkreis oft zum guten Ton gehört, seine Mitschüler abzuziehen und einzuschüchtern, sich um der „Ehre“ Willen zu prügeln und deutschstämmige Mädchen als „Huren“ oder „Schlampen“ zu betrachten. Nach der eventuell abgebrochenen Schulausbildung leben diese Leute vom Sozialstaat, da sie schlecht Deutsch

sprechen und Probleme haben, sich irgendwo anzupassen. Unter Ihnen befinden sich einige Terroristen von morgen, die im Namen des Islam Menschen töten werden, andere von Ihnen machen es sich zur Aufgabe, den Islam in Deutschland und Europa weiter zu verbreiten. Es beschleicht Dich das Gefühl, dass die Ausbreitung von Muslimen in den westlichen Gesellschaften kein reiner Zufall ist, sondern von islamischen Gruppierungen im In- und Ausland gezielt vorangetrieben wird, selbst wenn nicht jeder in Deutschland lebende Moslem sich für eine solche Welteroberung interessiert. Du bist nicht zu hundert Prozent sicher, ob das Gerede vom „Krieg im Kreißsaal“ tatsächlich nur ein Versuch der Rechtsextremisten ist, Dich zu manipulieren und zu radikalisieren.

Etwas bäumt sich in Dir auf. Du bist Dir ganz sicher, dass sowas absolut nicht sein darf. Die Vorstellung, dass in Zukunft immer mehr von solchen „kulturellen Bereicherern“ in Deutschland herumlaufen und immer weniger „normale“ Leute, lässt Dich mit tiefen Sorgenfalten in die Zukunft schauen. In politischen Gesprächsrunden versucht man Dich trotz allem zu beruhigen, indem man Dir sagt, dass es sich bei den islamischen Fundamentalisten nur um einzelne Verrückte handelt und dass dies nichts mit der islamischen Religion zu tun hätte. „Der Islam ist eigentlich eine friedliche Religion.“ Natürlich bist Du Dir im Klaren darüber, dass Dein Bild vom Islam und den Muslimen ein wenig verzerrt ist, weil in Nachrichtensendungen naturgemäß hauptsächlich über islamische Gewalt und Intoleranz berichtet wird, selten aber über die Beispiele von passabel integrierten Muslimen, die jeden Tag zur Arbeit gehen, fast akzentfrei Deutsch sprechen und die sich nicht für den heiligen Krieg interessieren. Die wären in den Nachrichten selbstverständlich fehl am Platze und von denen gibt es bestimmt auch viele – vielleicht sind sie sogar in der Mehrheit, wenn auch nicht in der übergroßen Mehrheit, wie man Dir weismachen will, aber immerhin. Es gibt jedoch eben auch die zahllosen, zunehmenden Massen von Problemfällen, Gewalttätern, Fundamentalisten, Halbradikalen und solchen, die

von heute auf morgen zu Terroristen werden können. Nur weil unter den Muslimen wie in jeder Bevölkerung viele unpolitische Menschen sind, ändert das ja nichts an der Bedrohungslage.

Aus irgendeinem Grund hast Du Zweifel an der Darstellung des Islam als einer friedlichen Religion, denn in den islamisch geprägten Ländern gibt es besonders viel religiös motivierte Gewalt und Morde, aber besonders wenig Bürger- und Menschenrechte. Sicher ist auch Dir klar, dass nicht alle in Deutschland lebenden Muslime ihre Religion so streng praktizieren, doch wenn sie es täten, wäre das Ergebnis vermutlich nicht grundverschieden von der gesellschaftlichen Realität im Iran oder in Saudi-Arabien. Und wenn Du ehrlich bist, ist auch eine abgeschwächte Form des Islam eigentlich nicht das, was Du Dir für die zukünftig in Deutschland lebende Bevölkerung wünschst. Nur für den Fall, dass Dein Wunsch irgendwas zählt. Nach allem, was Du über den Islam und seine Anhänger weißt, bist Du Dir sehr sicher, dass Du eine weitere Ausbreitung islamischer Kultur in die deutsche Gesellschaft glasklar ablehnst. Du bist Dir aber im Klaren darüber, dass Du so etwas besser nicht denken und sagen solltest.

Da stehst Du nun:

Ein Kind des Bürgertums, aus der Mitte der Gesellschaft, ein mindestens potentieller Leistungsträger, ein kritischer Geist mit gesellschaftspolitischem Interesse und dem Willen, unseren Kindern ein lebenswertes Land zu hinterlassen, der Bereitschaft, aktiv daran mitzuwirken und es zu formen. Du hast das Gefühl, dass einige Dinge in die falsche Richtung laufen und würdest gerne mithelfen, die Zukunft zum Positiven zu gestalten. Du bist nicht allein, denn viele Leute denken so, aber kaum einer traut sich etwas laut zu sagen, denn es warten jede Menge intellektuelle Heckenschützen, die sofort von allen Titel- und Feuilletonseiten auf Dich feuern. Ihre Waffen sind Begriffe wie „Rechtspopulist“, „Islamophobie“ und „Volksverhetzung“. Schnell wird dem kleinen Mann klar gemacht, dass Du ein Rechter bist und Rechte sind bekanntlich so

ähnlich wie Hitler und sein Gefolge. Schnell wird möglichen Nachahmern klar gemacht, dass man sich zu dem Thema besser nicht äußern sollte, denn dann ist man ganz schnell einer von den Bösen.

Wenn Du trotzdem aufstehst und Dich ins politische Trommelfeuer begibst, riskierst Du zudem noch Dein Leben und das Leben Deiner Familie, denn die hier unter uns lebenden islamischen Fundamentalisten haben mehr als einmal bewiesen, dass sie die Ehre des Propheten und des Islam deutlich höher bewerten als das Leben von Andersdenkenden und Andersgläubigen. Du erinnerst Dich an den „Karikaturenstreit“, als eine dänische Zeitung ein paar harmlose Karikaturen über den Propheten Mohammed veröffentlichte und später Botschaften brannten und Menschen starben. Regierungen islamischer Staaten forderten die Dänen auf, die Urheber zu bestrafen und islamische Fundamentalisten boten mit zahlreichen Morddrohungen ihre Hilfe an, die Behörden bei der Bestrafung zu unterstützen. Auch deutsche Zeitungen, die die Karikaturen aus Solidarität nachdruckten, wurden mit Mord- und Gewaltandrohungen bedacht. Die sogenannten „Kofferbomber“ wollten die deutsche Gesellschaft für den Nachdruck der Karikaturen bestrafen, indem sie wahllos Unschuldige in einem Regionalzug in die Luft zu sprengen versuchten. Glücklicherweise sind die Bomben nicht explodiert.

Derart gewaltbereite muslimische Fundamentalisten gibt es auch heute noch in Deutschland, mehr denn je, und Du hast nicht das Bedürfnis, ihren Hass auf Dich zu lenken, indem Du Dich kritisch, wenn auch fair, mit dem Islam auseinandersetzt. Es handelt sich dabei um Menschen, die durch ihren islamisch geprägten Antisemitismus einer Hitler-Ideologie deutlich näher sind als Du, aber der Böse aus Sicht der veröffentlichten Meinung bist trotzdem ausschließlich Du. Wenn Du dann tatsächlich mit islamischen Gewaltandrohungen konfrontiert wirst, hast Du von anderen Teilen des politischen Spektrums keine Hilfe zu erwarten. Vielmehr wirst Du belehrt, dass ein

bisschen mehr Respekt vor den muslimischen Zuwanderern und dem Islam das richtige Verhalten gewesen wäre. Meinungsfreiheit sei das eine, Respekt vor der Religiosität und politische Sensibilität das andere. Selber Schuld, dass Du jetzt Angst um Dein Leben haben musst.

Freiheit, die ich meine, Freiheit, die ich vermisse

Es gibt eine gute und eine schlechte Nachricht. Zuerst die Gute: Du bist bei weitem nicht der Einzige von dieser Sorte. Die schlechte Nachricht: Die anderen haben sich mehrheitlich entschieden, lieber in Deckung zu bleiben. Das ist zwar angesichts der beschriebenen persönlichen Bedrohungslage eine durchaus vernünftige Entscheidung, allerdings bedeutet es, dass der freie Austausch von Meinungen und Argumenten bei diesem Themenbereich empfindlich gestört ist. Unsere Redefreiheit, unsere Meinungsfreiheit ist heute schon beschränkt.

Da ist beispielsweise Harald S., der für das Fernsehen arbeitet. Eigentlich ist er ein konservativer Querdenker, nicht verbohrt, sondern modern, aber doch darauf bedacht, das Gute in unserer Gesellschaft zu erhalten. Harald würde normalerweise gerne den Islam zum Thema machen und es seinen Zuschauern mit scharfzüngigen zynischen Pointen ermöglichen, einige aufgestaute Aggressionen bezüglich islamischer Gewalt durch herzhaftes Lachen loszuwerden. Harald hat aber eine Frau, paar Kinder und einen Haufen Kohle und er würde gern noch ein paar Jahre in Ruhe das Leben genießen. Er ist nicht so dumm, nur für ein paar wertvolle Lacher sein unbeschwertes, angstfreies Leben aufzugeben. Freiwillig hat er beim Thema Islam zur Selbstzensur gegriffen, stattdessen macht er Witze über den Papst, über Tokio Hotel und Dieter Bohlen. Alles was er sich wagte, war eine Kampagne, um Akademikerinnen zum Kinderkriegen zu verleiten.

Da ist Günther K., der bei einer Zeitung Artikel für den Politikteil schreibt. Eigentlich würde er den Menschen gerne

mehr davon mitteilen, dass er in Sachen Islamisierung und Demographie eine schwerwiegende Bedrohung für die westliche Gesellschaft sieht. Er glaubt, dass man im Prinzip grundlegend umsteuern müsste. Er ist sich aber seiner Verantwortung als Meinungsmacher bewusst und ahnt, dass die Menschen in diesem Land womöglich in bürgerkriegsähnliche Zustände hineingetrieben werden könnten, wenn die Medien auf breiter Front den Finger in die Wunde legen würden und den ihnen sagen würden, wohin die Reise derzeit geht. Die Migrantenghettos in westdeutschen Vorstädten und besonders in Berlin sind ja wie Pulverfässer und fliegen uns schon früh genug um die Ohren. Keinem ist geholfen, wenn wir die heute arbeitenden Menschen in den Bürgerkrieg treiben und vielleicht lässt sich das Problem ja auch – irgendwie – mit Deutschkursen und einem interkulturellem Dialog lösen.

Neben seiner Verantwortung hat Günther aber auch Angst, seine wirkliche Meinung niederzuschreiben: Angst vor radikalen Muslimen, die vor nichts zurückschrecken, Angst vor dem Verlust seines Arbeitsplatzes, wenn er nicht immer stromlinienförmig die politische Linie seiner Zeitung im öffentlichen Diskurs vertritt. Geht es in seinen Artikeln um das Thema Islam, ist er besonders besonnen und wählt im Zweifel die politisch noch korrektere Variante. Manchmal kritisiert er auch in seiner Berichterstattung Leute, die genau das sagen oder schreiben, was er eigentlich für richtig hält. Insgeheim ist er aber froh, dass es im Internet Blogs wie „Politically Incorrect“ gibt, die seine geheimen Sorgen ohne Rede- und Denkverbote aufgreifen und ihn auf dem Laufenden halten. Er liest von Zeit zu Zeit mit Gewinn die erscheinenden Artikel mit.

Und dann ist da noch Wolfgang F., der einer politischen Partei angehört, die im Bundestag vertreten ist. Nach der politischen „Gesäßgeographie“ würde er sich als „mitte oder mitte-rechts“ einstufen, woran wir lediglich erkennen, dass er nicht zur Linkspartei und nicht zu den Grünen gehört. Beim Thema Islam

beißt er sich immer auf die Zunge, denn er weiß, wie leicht politische Karrieren zu Ende sind, wenn man sich in gefährliche Fahrwasser begibt. Stattdessen wirft er mit den gängigen Platitüden um sich, wenn er auf dieses brenzlige Thema angesprochen wird, murmelt etwas von „Dialog mit den Muslimen suchen“, „gemeinsamen Anstrengungen aller Bürger, nicht nur der Zugewanderten“ und „dass wir den Migrantinnen und Migranten mehr Chancen in unserer Gesellschaft geben müssen“. Er hat zwar seine Zweifel, dass solche Phrasen in den wachsenden Migrantenghettos irgendwas bewirken, aber eine bessere Idee hat er auch nicht. Er würde trotzdem gerne offener über die Probleme reden und manchmal beneidet er den Kollegen aus der bayrischen CSU, der zumindest gelegentlich bei Festzetteltreden für klare Worte gefeiert wird. Mit zwei seiner Kollegen von der FDP kam er in einem vertraulichen Gespräch überein, dass es unerträglich sei, wenn aus Angst vor gewaltbereiten Muslimen Zeitungen und Karikaturisten, Politiker und Fernsehjournalisten einen Bogen um die drängenden Fragen unserer Zeit machen. Aber öffentlich sagt er das lieber nicht.

(Gastbeitrag von Christian S.)



Mehr Gewalt von Linken und

Migranten



Einen dramatischen Anstieg politisch motivierter Gewalttaten durch Linke (+9,4%) und Migranten (+30%) weist die Kriminalitätsstatistik für das vergangene Jahr aus, die jetzt von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble vorgestellt wurde. Die Zahlen beziehen sich lediglich auf offensichtlich politisch motivierte Straftaten, etwa in Zusammenhang mit Ausschreitungen bei Demonstrationen. Nicht enthalten sind also die zahlreichen Fälle alltäglicher Straßengewalt durch meist muslimische Migranten.

Die Berliner Morgenpost berichtet:

Die politisch motivierten Straftaten aus dem linken Spektrum stiegen im Jahr 2007 massiv an. „Für diesen Phänomenbereich waren die höchsten Werte seit 2001 sowohl bei den Straftaten insgesamt als auch bei den Gewaltdelikten zu verzeichnen“, sagte Schäuble. Die links motivierten Straftaten stiegen um 9,4 Prozent auf insgesamt 5866 Delikte an, die Anzahl der Gewalttaten wuchs um 3,1 Prozent auf 1247. Der Innenminister erklärte diesen „auffallenden“ Zuwachs mit den Ausschreitungen einiger Chaoten bei den Großereignissen und erinnerte an die Anti-G-8-Demonstration in Rostock am 2. Juni 2007, “ als aus der Menge der weit überwiegend friedlichen Demonstranten massive Gewalttaten insbesondere gegen Polizeikräfte verübt wurden.“ Insgesamt ging die politisch motivierte Kriminalität im vorigen Jahr leicht zurück. 28.538 gemeldete Staatsschutzdelikte bedeuten gegenüber 2006 eine Abnahme von rund 1,8 Prozent. In den Jahren zuvor waren teils erhebliche Anstiege zu verzeichnen gewesen. Unverändert ist allerdings der erneute Zuwachs bei den Gewalttaten, der 0,8 Prozent betrug. Wurden 2006 noch 2522 Gewaltdelikte wie Körperverletzung oder Brandstiftung registriert, waren es voriges Jahr 2541. „Die Fallzahlen der politisch motivierten

Kriminalität befinden sich seit einigen Jahren auf einem viel zu hohen Niveau“, sagte Schäuble. Die Politik müsse die Absage an jede Form gewalttätiger politischer Auseinandersetzung als eine Daueraufgabe ansehen und annehmen. „Das erfordert ein konzertiertes Vorgehen aller gesellschaftlichen Kräfte auf den unterschiedlichsten Ebenen und in allen Lebensbereichen“, sagte der Minister. (...)

Zum insgesamt nur geringen Rückgang der Staatsschutzdelikte insgesamt trug auch die politisch motivierte Ausländerkriminalität bei, die um rund 30 Prozent auf 902 Delikte anwuchs. Der Anstieg beruht zu einem wesentlichen Teil auf in Deutschland begangene Straftaten, die durch Anhänger der kurdischen Terrororganisation PKK als Folge des türkischen Militäreinsatzes an der Grenze zum Nordirak verübt wurden. Auf den islamistischen Fundamentalismus entfielen lediglich zehn Prozent der politisch motivierten Ausländerkriminalität. Dennoch bewertet das Innenministerium den radikalen Islamismus nach wie vor als die größte Gefährdung für die innere Sicherheit in Deutschland. Die Bedrohung durch geplante Terroranschläge wird als wesentlich größer angesehen als vereinzelte Übergriffe kurdischer Demonstranten im Rahmen von Kundgebungen.

Inwieweit die dramatische Entwicklung Anlass zur Auflage staatlicher Programme „gegen links“ oder „gegen Migrantengewalt“ gibt, geht aus dem Bericht des Bundesinnenministers nicht hervor.

(Spürnasen: Stephan v. L., Rebaseissue, Bobby, Adrian, Freeblogger)

Sehr geehrter Herr Wiedenroth

...



Karikaturist Götz Wiedenroth erfreut nicht nur PI-Leser immer wieder mit seinen treffenden Zeichnungen. Auch Yahoo stellt der Künstler seine Werke seit nunmehr 6 Jahren regelmäßig zu Verfügung. Obwohl man mit den Karikaturen dort eigentlich sehr zufrieden ist, gäbe es doch einen kleinen Änderungswunsch. Einige Nutzer haben sich in letzter Zeit beschwert. Raten Sie mal!

Götz Wiedenroth stellt uns den folgenden Briefwechsel mit einer Mitarbeiterin von Yahoo freundlicherweise zu Verfügung:

„Sehr geehrter Herr Wiedenroth,

wir sind sehr froh, dass wir im Bereich Karikaturen mit Ihnen so gut zusammenarbeiten. In letzter Zeit beschweren sich jedoch Nutzer immer mehr über Karikaturen zum Thema Islam. Mir ist auch aufgefallen, dass im März sehr viele Karikaturen zu diesem Thema von Ihnen erschienen sind. Ich bin grundsätzlich nicht für Zensur. Doch das ist wirklich ein heikles Thema. Ich möchte bei uns darüber keine diskriminierenden Diskussionen anheizen. Deshalb wäre es mir lieb, wenn Sie zukünftig darauf verzichten würden.

Vielen Dank für Ihr Verständnis!

.“

Meine Antwort 1, von vorgestern:

Sehr geehrte Frau XXX,

es freut mich zu hören, daß Sie grundsätzlich nicht für Zensur sind und ich habe auch Verständnis dafür, daß Sie

interne Konflikte vermeiden möchten.

Aber ich kann mich der Anmerkung nicht enthalten, daß sich dieser Schriftwechsel um nichts anderes dreht als um islamische Zensur. Die islamische Seite drängt die Meinungsfreiheit in den Bereich des Heiklen, und das halte ich im allgemeinen wie auch hier im speziellen für eine äußerst bedenkliche Entwicklung. Daß ich im März zu diesem Thema viel veröffentlicht habe, hat genau mit diesem Umstand zu tun.

Selbstverständlich werde ich auch weiterhin – und jetzt gerade – Karikaturen zur Meinungsfeindlichkeit des Islam veröffentlichen, diese aber wunschgemäß nicht mehr auf die Yahoo!-Seite einspielen.

Wie werden wir verfahren, wenn sich immer mehr Politiker bei Ihnen über Karikaturen beschwerten sollten? Oder humorlose Menschen?

Die Freiheit der Karikatur ist ein Lackmuspapier für die Freiheit der Gesellschaft. Es beginnt sich betrüblich zu verfärben.

Mit freundlichen Grüßen

Götz Wiedenroth“

Meine Antwort 2 von gestern, bisher ohne Rückäußerung:

„Sehr geehrte Frau XXX,

unseren gestrigen Schriftwechsel habe ich noch einmal überdacht. Ich bin zu dem Schluß gekommen, daß es mir erheblich widerstrebt, ominöse Beschwerdeführer als Mitbestimmer bei unserer Zusammenarbeit zu akzeptieren.

Wer Karikaturen veröffentlicht – und ich meine hier nicht die wachweichen, zahmen, harmlosen, opportunistisch-korrekten Schmuckelemente, die in der deutschen Tagespresse

etikettenschwindlerisch als „Karikaturen“ deklariert werden – wer Karikaturen veröffentlicht, muß damit rechnen und es hinnehmen, daß satireallergische Personen sich beschweren, ob nun das Thema Islam behandelt wird oder nicht.

Heute paßt diesen totalitär denkenden Leuten das Thema Islam nicht, morgen ist es nicht recht, daß die tiefschwarzen Schattenseiten der Immigration überhaupt thematisiert werden, übermorgen dürfen es keine Kreuze mehr im Bild sein oder keine Darstellungen von Nacktheit mehr. Ihren bilderstürmerischen Forderungen nachzugeben heißt, sie in ihren frechen Zensurforderungen umso mehr anzustacheln. Der Kritikunterdrücker will selbst die Karikatur zur Kritikunterdrückung unterdrücken. Mehr noch. Er verlangt, daß die Kritikunterdrückung nicht einmal so genannt werden dürfe, sondern Frieden genann werden solle. Diese Infamie, dieser Doppelstandard, der vom deutschen Presserat aktiv mitbetrieben wird, ist an sich ein Dauerthema für Karikaturen und wird mich noch oft, sehr oft beschäftigen.

Ich möchte auf keinen Fall bewirken, daß Sie und Ihre Mannschaft wegen meiner Bilder unwillkommene Beschwerden entgegennehmen müssen. Und ich möchte mich andererseits nicht jeden Tag fragen müssen: ist diese neue Karikatur zu beschwerdeträchtig für Yahoo! oder ist sie es nicht?

Möglicherweise ist es das beste, wenn wir unsere Zusammenarbeit beenden, was ich sehr bedauern würde. Ich kann sie aber nur zu den bisherigen Bedingungen fortsetzen: völlige Wahlfreiheit bei den Themen, also auch Karikaturen zum Thema Islam.

Ich werde mich der von mir zutiefst verachteten politischen Korrektheit, dieser hinterhältigen, unaufrichtigen Meinungsgleichschaltung, niemals unterwerfen, so daß Ihnen mit einem anderen, einem angepaßten Zeichner womöglich besser gedient sein wird.

Was meinen Sie?“

Gruß

Götz Wiedenroth

(Gastbeitrag: Götz Wiedenroth)

Der demographische Genozid



Der Fackellauf zu den XXIX. olympischen Spielen gestaltet sich derzeit eher wie ein Hindernisrennen. Abend für Abend zeigen uns die Nachrichten, wie die Fackel unter widrigsten Umständen von einer Station zur nächsten getragen wird, unter den Protesten von Tibetfreunden und Exiltibetern, für die die Sommerspiele eine letzte Möglichkeit zu sein scheinen, um auf ihre scheinbar ausweglose Situation aufmerksam zu machen – den kulturellen Völkermord ihrer Nation, so hat es der Dalai Lama persönlich ausgedrückt. In Tibet kann man sehr deutlich sehen wohin Sozialismus und Kommunismus führen. Und bis dahin sind wir auch alle einig, jedes Volk, jede Nation braucht ihr eigenes Land und ihre

eigene Kultur.

Anders sieht jedoch die Situation zum Beispiel in Deutschland oder anderen Europäischen Ländern aus. Die Besinnung auf die eigene Kultur wird als Nationalismus abgetan und somit zur indiskutablen Sache. Neben der Sprache und der Geschichte, gehören auch Dinge wie etwa eine gemeinsame Rechtskultur (Unschuldsvermutung, Rehabilitation von Straftätern etc.), eine Religionskultur auf dem unser Rechtsverständnis nämlich aufbaut und auch eine Demokratiekultur dazu. Das hat aber nichts mit Nationalismus und Rassismus, sondern mit dem simplen Selbsterhaltungstrieb zu tun, der jedem Individuum aber auch jeder Kulturnation innewohnt.

Das Problem!

Schauen wir uns also die Situation in Deutschland an. Die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland ist derzeit auf einem Rekordtief angelangt. Ca. 1,4 Kinder pro Frau werden zurzeit geboren. Die Politik reagiert nur zögerlich auf ein Problem, das schon seit über 20 Jahren bekannt ist. Kinder und Familien haben eben keine Lobby und so kann das Elterngeld auch nur der erste Schritt in die richtige Richtung sein.

Der demographische Wandel, von dem so mancher Politiker und Journalist spricht, als sei dies ein unabänderbares und unbeeinflussbares Naturgesetz, ist jedoch nur ein Problem. Das Hauptproblem sind die Bevölkerungszuwachsraten der Muslime in Deutschland. So sind bei den in Deutschland Neugeborenen, bereits 9,2 % Kinder mit muslimischen Eltern. Das allein scheint schon beängstigend, ist aber nur die halbe Wahrheit, denn einen weiteren Zuwachs von muslimischer Bevölkerung erhält Deutschland durch die Zuwanderung von Moslems, von derzeit etwa 100.000 Menschen pro Jahr (PI berichtete). Damit errechnet sich ein muslimischer Zuwachs pro Jahr von etwa 21 % am Bevölkerungszuwachs Deutschlands. Nicht eingerechnet ist hierbei die Nettoabwanderung deutscher Staatsbürger, welche sich aus der Bruttoabwanderung (derzeit bei ca. 155.000 pro

Jahr) abzüglich der Zuwanderung von deutschen „Heimkehrern“ (derzeit bei ca 138.000 pro Jahr) beläuft.

Was also tun?

Von den etablierten Parteien und Medien ist niemand gewillt, den Tatsachen ins Auge zu blicken. Man scheint der Meinung zu sein, dass eine bloße Diskussion über solche Fakten schon anstößig ist. Dabei gibt es Möglichkeiten, diese Entwicklung einzudämmen, der Islam ist längst zu einem Teil Deutschlands geworden. Viele Muslime sind bereits Deutsche, aber wie viel Islam wir in unserer Heimat wollen, sollten wir doch wohl selbst bestimmen dürfen.

Wie es richtig geht hat unlängst Dänemark vorgemacht. Und um die Geburtenzahlen in Deutschland wieder ansteigen zu lassen, benötigen wir viel mehr Krippenplätze und einen weiteren Ausbau des Elterngelds, sowie die Aufstockung des Kindergelds. Die Gegenfinanzierung wäre übrigens kein Problem, zum Beispiel wenn die überhöhten Freibeträge der Erbschaftsteuer beim Erben von Gebäuden reduziert würden.

Es gäbe viele Möglichkeiten um zu verhindern, dass Europa ein neues Tibet wird, jedoch sehe ich noch nicht den Wilders, den wir hier dringend bräuchten.

(Gastbeitrag von Daniel)